

<https://uncutnews.ch/us-finanzanalyst-hudson-die-usa-inszenierten-in-europa-eine-farbrevolution-von-oben/> 5.4.2023

US-Finanzanalyst Hudson: Die USA inszenierten in Europa eine Farbrevolution von oben

[rtde.live](#): Die antirussische Politik der europäischen Staaten entspricht nicht den europäischen Interessen, konstatiert der US-Wirtschaftswissenschaftler und Finanzanalyst Michael Hudson. Die USA hätten dafür gesorgt, dass die eignen, europäischen Interessen nicht mehr zum Zuge kommen, sondern eine Farbrevolution von oben.

Der US-Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson machte vor wenigen Tagen einige bemerkenswerte Äußerungen zur europäischen Politik in einem [Videogespräch](#) mit Danny Haiphong in dessen YouTube-Kanal:

Die USA hätten dem Rest der Welt ökonomisch und sozial den Krieg erklärt. Die gegenwärtige US-Wirtschaft sei eine Rentenwirtschaft und damit genau das, wovor die ökonomischen Klassiker Adam Smith, John Stuart Mill und David Ricardo gewarnt hätten.

Er bezieht sich dabei auf die hinlänglich bekannte Äußerung der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock:

„Sie sagte, es sei wichtiger, die Nazi-Partei dort zu unterstützen, die rechte ukrainische Regierung zu fördern, als europäischen und deutschen Wohlstand zu haben, oder das, was die Wähler wollen. (...) Sie fügte nicht hinzu, dass sie ein Jahrzehnt lang von solchen amerikanischen Nichtregierungsorganisationen mit Finanzen gefördert und an ihren Platz gesetzt wurde, welche die Opportunisten wie sie gefunden haben, um die Karriere von Leuten zu fördern, die bereit sind – sobald sie im Amt sind –, die amerikanische Außenpolitik statt ihre eigenen Wähler zu vertreten.“

Amerika hat in Deutschland, Holland, England und Frankreich im Grunde eine Farbrevolution an der Spitze durchgezogen, durch die die europäische Außenpolitik nicht mehr deren eigene ökonomische Interessen vertritt.“

Der Westen bezeichne schlicht jedes Land als Autokratie, das stark genug sei, die Entstehung einer Kreditgeber-Oligarchie zu unterbinden.

Hudson glaubt, dass der Irrtum der russischen Regierung darin bestanden hätte zu erwarten, dass die Politik aller Länder stets deren eigenen ökonomischen Interessen folgen würde.

Die momentane Politik der USA, die die übrigen Länder der Welt geradezu zwingt, den US-Dollar fallen zu lassen, sei allerdings nicht einmal im Interesse der US-Finanzwirtschaft.

„Sie wird von den Neokonservativen geführt, die ein völlig anderes Motiv für Krieg haben. Das ist kein ökonomischer Hass, das ist ein ethnischer Hass auf Russland, und einfach emotionaler Hass auf Russland, gefolgt von rassistischem Hass auf China. Das war immer so amerikanisch wie Apple Pie.“

Viel hätten die Vereinigten Staaten und Europa der Welt nicht mehr zu bieten, da die wirkliche Produktion längst andernorts stattfindet und der Westen selbst für Kredite nicht mehr nötig sei.

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/habecks-heiz-gesetz-aus-fuer-alle-gas-heizungen-droht-10-jahre-frueher-83461250.bild.html>

6.4.2023

Versteckte Klausel in Habecks Heiz-Gesetz Aus für ALLE Gas-Heizungen droht 10 Jahre früher

FDP: „Verschrottungs-Orgie“ – „Größte Veralberung der Menschen“

Kommt jetzt doch das Verbot von Gas-Heizungen durch die Hintertür – und das auch noch zehn Jahre früher als gedacht?

Die FDP wittert, dass die Grünen eine versteckte Klausel in das Heiz-Gesetz gemogelt haben, die bereits eingebaute Heizungen mit fossilen Energieträgern nun doch schon 2035 aus dem Verkehr ziehen soll – anstatt 2045 wie gemeinsam beschlossen!

Dabei war genau das der große Streitpunkt zwischen den Koalitionspartnern: das Verbot von Gas- und Öl-Heizungen, die bereits in Häusern verbaut sind, so wie es Wirtschaftsminister Robert Habeck (53, Grüne) anstrebte. Nach dem ersten Entwurf sollten diese schrittweise je nach Alter nicht mehr betrieben werden dürfen.

Die FDP setzte sich vermeintlich durch, verhinderte Habecks Heizungs-Hammer: Das Verbot wurde gestrichen und findet sich im Entwurf des Wirtschaftsministeriums nicht mehr wieder. Die Vorgaben sollten ab 1. Januar 2024 nur für jede neu eingebaute Heizungsanlage gelten.

Jetzt aber der Schock!

Herkömmlicher Gas-Betrieb ab 2035 unmöglich?

Eigentlich sollen eingebaute Heizkessel längstens bis zum 31. Dezember 2044 mit fossilen Brennstoffen betrieben werden dürfen. Faktisch werde dies aber für Gas-Heizungen kaum möglich sein, warnt nun die FDP.

► Im Entwurf heißt es, dass bis zum Jahr 2030 Heizungen mit mindestens 50 Prozent grünen Gasen betrieben werden müssen. Bis 2035 müssen 65 Prozent grüner oder blauer Wasserstoff genutzt werden.

Der Clou: Dafür müssen alle Gasnetze bis 2035 auf 65 Prozent Wasserstoff umgestellt werden.

Die Folge: Der Weiterbetrieb einer Heizung mit herkömmlichem Erdgas bis 2045 wäre dann nicht mehr möglich. Das Aus für bestehende Anlagen kommt also spätestens 2035.

Der Gipfel: Für die Einhaltung der Vorgaben haftet der Eigentümer der Heizungsanlage!

Heißt: Der Staat übergibt die Verantwortung an die Haus-Eigentümer: Wenn der Wasserstoff-Plan scheitert, sind die Haus-Eigentümer in der Verantwortung, ihre Heizung trotzdem klimaneutral aufzustellen.

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/702984/Deutsche-Versicherungen-erneuern-Schutz-fuer-Nord-Stream-1> 5.4.2023

Deutsche Versicherungen erneuern Schutz für Nord Stream 1

Die infolge des Sprengstoffanschlags beschädigte Nord Stream 1-Pipeline erhält erneuten Versicherungsschutz - ein ungewöhnlicher Vorgang.

Welche Versicherungen die Pipeline wieder versichert haben

Was die erneute Versicherung bedeuten könnte

Welche interessante Haltung die Bundesregierung zu den Vorgängen einnimmt

" Zwei große deutsche Versicherungen haben ihren Versicherungsschutz für die beschädigte Nord Stream 1-Pipeline erneuert. Wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Bezugnahme auf namentlich nicht genannte Quellen berichtet, soll es sich dabei um die Allianz und die Münchner Rückversicherung handeln.

Die Entscheidung der beiden Versicherungen ist bemerkenswert, weil sie einen möglichen Weiterbetrieb der Pipeline in der Zukunft zumindest als nicht ausgeschlossen erscheinen lässt." Bezahlschranke.

(<https://t.me/EvaHermanOffiziell/128736>)

<https://www.bild.de/regional/hamburg/hamburg-aktuell/klima-kleber-haben-den-strassenverkehr-in-hamburg-blockiert-83470390.bild.html>

6.4.2023

Elbtunnel in Hamburg blockiert Klima-Kleber-Chaos!

Osterreise-Verkehr Richtung Nord- und Ostsee lahmgelegt

Hamburg – Schon wieder richten Klima-Kleber Chaos an – und jetzt trifft es den Ferienverkehr!

Am Donnerstagmorgen haben Anhänger der „Letzten Generation“ gleich mehrere Verkehrswege rund um den Hafen blockiert und für Stau und Ärger im Hamburger Stadtgebiet gesorgt.

Betroffen waren der Elbtunnel auf der Autobahn 7, der Veddeler Damm und die Neue Elbbrücke/B75. Drei der vier großen Elbquerungen Hamburgs waren somit zeitweise nicht befahrbar.

<https://www.rtl.de/cms/rundfunkbeitrag-erhoehung-auf-25-euro-gez-gebuehr-koennte-deutlich-steigen-5036203.html> 28.3.2023

ARD plant, Rundfunkbeitrag auf bis zu 25 Euro zu erhöhen

Die ARD plant damit, den bundesweiten Rundfunkbeitrag unter Umständen auf bis zu 25 Euro im Monat zu erhöhen. Das geht aus einem internen Strategiepapier hervor. Die Rundfunkanstalt kalkuliert den Bedarf der Öffentlich-Rechtlichen ab 2025 mit unterschiedlichen Szenarien – bei allen werden Haushalte künftig tiefer in die Tasche greifen müssen.

Die ARD-Chefs um Intendant Kai Gniffke (62) planen offenbar, den Rundfunkbeitrag unter Umständen auf bis zu 25,19 Euro monatlich zu erhöhen. Ein entsprechendes Dokument des Rundfunkverbands ARD liegt dem „Business Insider“ vor, zunächst hatte die „Bild“-Zeitung berichtet. Demnach schwebt der ARD für den Zeitraum von 2025 bis 2028 vor, den Beitrag um bis zu 6,83 Euro anzuheben. Das wären knapp 33 Prozent mehr - über ein Drittel.

Bei dieser bislang unbestätigten Prognose handelt es sich allerdings um das teuerste von drei potenziellen Szenarien, die in dem Papier durchgespielt werden. Zwei günstigere Varianten rechnen mit einem monatlichen Rundfunkbeitrag von 21,58 bzw. 20,48 Euro für denselben Zeitraum. Grundlage der Ergebnisse ist offenbar eine ARD-eigene Kalkulation des ÖR-Bedarfs unter „aktualisierten Annahmen“.

Im Jahr 2023 soll das kombinierte Budget von ARD, ZDF und Deutschlandradio über 10 Milliarden Euro betragen – das ist ein neuer Rekord. Dies hat das Kölner Institut für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM) berechnet. Zuletzt wurden die Rundfunkgebühren erst 2021 angehoben: von 17,50 auf nun 18,36. Die aktuelle Beitragsperiode läuft noch bis Ende 2024.

<https://norberthaering.de/propaganda-zensur/soros-osteuropa-medien/>

1.4.2023

Wie die GLS-Bank Kunden dazu bringt, US-Milliardären bei der Infiltration osteuropäischer Medien zu helfen

[Erweiterte Version 31. 03. 2023 | Über ihre Crowdfunding-Plattform GLS Crowd vertreibt die GLS-Bank an ihre ökologisch und sozial engagierte Kundschaft eine „Pluralis Media Anleihe – Für unabhängige Medienhäuser in Europa“. Durch Investitionen in ausgewählte Medienhäuser will diese – angeblich – Medienvielfalt und -unabhängigkeit bewahren. Wer diese Anleihe kauft, sollte wissen, dass er damit die politische Agenda von US-Multimilliardären wie George Soros und Pierre Omidyar finanziert – mit beträchtlichem eigenen finanziellen Risiko.](#)

Am 30. März, dem zweiten Tag des Anleihevertriebs, waren der Netzseite von [GLS Crowd](#) zufolge schon über 2,27 der angestrebten 5 Mio Euro Zeichnungsvolumen zusammengekommen. Weil es für die Anleger nur sehr schwer ersichtlich ist, wessen Agenda sie hier unter erheblichem finanziellen Verlustrisiko mitfinanzieren, will ich mit diesen Beitrag etwas Hilfestellung bei der Herstellung von Transparenz geben.

Emittent der Pluralitäts-Anleihe ist ein Konsortium namens [Pluralis](#). Dieses Konsortium wiederum besteht aus der [König-Baudouin-Stiftung](#), [MDIF](#), [Media Huis](#), [Soros Economic Development Fund](#), [Tinius Trust](#) (Schibstedt) und GLS-Bank. Tinius Trust und Media Huis sind große, international agierende Medienkonzerne bzw. deren Stiftung.

Klickt man sich in die Details, erfährt man, dass Initiator des „Investitionsvehikels“ Pluralis der MDIF oder [Media Development Investment Fund](#) ist.

MDIF wiederum wird getragen von den Open Society Foundations von George Soros, von [Luminate](#), der Stiftung des Silicon-Valley-Milliardärs

Pierre Omidyar, der staatlichen dänischen Investmentgesellschaft [IFU](#) und der schwedischen Entwicklungsbehörde [Sida](#).

GLS-Crowd schreibt über die Wirkung einer Investition von und in Pluralis:

„Die Investitionen von Pluralis helfen führenden unabhängigen Medien, die Kontrolle über ihre Unternehmen zu behalten, indem sie verhindern, dass ihr Eigentum von Regierungen und ihren Verbündeten, die sich in die redaktionelle Arbeit einmischen wollen, vereinnahmt wird.“

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Ein Konsortium aus US-Milliardären, die die geopolitischen Ziele ihrer Regierung befördern, aus staatlichen Behörden und Unternehmen, und aus großen Medienkonzernen kauft sich in Medienhäuser ein, um diese vor staatlichen Einflüssen und Einflüssen sonstiger interessierter Gruppen zu bewahren.

Wer das zielführend findet, möge diese Anleihe gern zeichnen.

https://www.focus.de/panorama/welt/hoehere-lkw-maut-speditionsverband-bgl-warnt-vor-insolvenzen_id_189693685.html

29.3.2023

Höhere LKW-Maut: Speditionsverband BGL warnt vor Insolvenzen

Die Koalition hat sich auf eine Erhöhung der LKW-Maut geeinigt, doch diese wird von dem Speditionsverband BGL scharf kritisiert.

Der Speditionsverband BGL hat die geplante Erhöhung der Lkw-Maut massiv kritisiert und vor Insolvenzen gewarnt. „Wir reden hier von einer gigantischen Kostenerhöhung über Nacht, die kein Transportunternehmen aus der Portokasse bezahlen oder irgendwie intern wegdrücken kann“, sagte BGL-Vorstandssprecher Dirk Engelhardt dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Das sei in einer Branche mit bestenfalls drei Prozent Umsatzrendite ein hoffnungsloses Unterfangen. Im Moment sei man im Fernverkehr bei einem Mautkostenanteil von circa zehn Prozent, der sich dann über Nacht zu Neujahr 2024 auf rund 20 Prozent verdoppeln dürfte.

Er betonte: „Die meisten Transportunternehmen müssen die doppelte Maut auf die Frachtpreise umlegen, wenn sie selbst überleben wollen, so dass es am Ende die Verbraucher trifft.“ Einige mittelständische Auftraggeber, wie zum Beispiel kleine Kies- oder Betonwerke, würden es jedoch schwer haben, diese hohen Kosten aufzubringen, so dass es zu Insolvenzen kommen könne. Transportunternehmen würden dann ihren Auftraggeber verlieren und unter Umständen ebenfalls in den Insolvenzsog hineingezogen.

<https://reitschuster.de/post/gruselige-loesung-fuer-die-wohnungsnot-die-ddr-laesst-gruessen/> 30.3.2023

Gruselige Lösung für die Wohnungsnot: Die DDR lässt grüßen „Wer auf vielen Quadratmetern wohnt, sollte auch mehr Steuern zahlen“

Von Daniel Weinmann

Die ungezügelte Zuwanderung bei gleichzeitig niedrigem Bautempo verschärft die Wohnungsnot in Deutschland. Allein zwischen Januar und September 2022 zogen laut einer Studie des Pestel-Instituts in Hannover und des Bauforschungsinstituts ARGE aus Kiel rund 1,25 Millionen Menschen mehr in die Bundesrepublik, als im selben Zeitraum gingen. „Wir haben damit eine absolute Rekord-Zuwanderung – mehr als im bisherigen Rekord-Flüchtlingsjahr 2015“, bilanzierte das Pestel-Institut bereits im Januar.

Erschwerend kommt hinzu, dass Deutschlands Bevölkerung 2022 wegen der Flüchtlinge aus der Ukraine um 843.000 Menschen auf 84 Millionen Bürger angewachsen ist. Der gestiegene Bedarf trifft auf einen stagnierenden Wohnungsbau, weil es sich angesichts gestiegener Zinsen und teurer Materialien immer weniger Menschen leisten können zu bauen. Zugleich gibt es hierzulande zu wenig Mietwohnungen.

Die Wohnungsbaustudie beziffert die Zahl der fehlenden Wohnungen auf 700.000 – das größte Defizit seit mehr als zwanzig Jahren. „Wir müssen davon ausgehen, dass diese Zahl weiter steigt“, prophezeit der Präsident

des Deutschen Mieterbunds Lukas Siebenkotten. Wie groß die Wohnungsnot ist, zeigt dieser Vergleich: 2021 wurden rund 306.000 Wohnungen fertiggestellt, aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor.

Der Lösungsvorschlag des Pestel-Instituts-Vorstands Matthias Günther passt perfekt ins Weltbild linksgrüner Umverteilungs-Enthusiasten. Er möchte all diejenigen, die auf großer Fläche wohnen – das wären den Daten zufolge vor allem viele ältere Menschen – zur Kasse bitten und bezieht sich auf einen Vorschlag des Umweltbundesamtes: „Wer auf besonders vielen Quadratmetern wohnt, sollte auch mehr Steuern zahlen.“

Mit anderen Worten: Wer sich im Laufe seines Lebens eine Immobilie erarbeitet hat, wird im Alter zwangsenteignet. Erinnerungen an das Wohnraumbewirtschaftungsgesetz werden wach. Das 1953 eingeführte Gesetz stellte den gesamten Wohnraum der Bundesrepublik Deutschland unter Zwangsbewirtschaftung durch die örtlichen Wohnungsämter. Sie konnten Wohnungssuchende nicht nur in leerstehende Wohnungen einweisen, sondern auch in Wohnungen fremder Personen, sofern diese nach Einschätzung des Wohnungsamtes unterbelegt waren. Hausbesitzer hatten freien Wohnraum unverzüglich den Wohnungsämtern zu melden.

Kaum besser ist der Vorschlag der Forscher des Immobilieninstituts der Universität Regensburg. Er läuft darauf hinaus, diejenigen, die in (zu) großen Wohnungen leben, durch eine deutliche Erhöhung der Mietpreise zum Umzug zu zwingen.

<https://www.merkur.de/verbraucher/lidl-amazon-it-ausbau-cloud-online-service-schwarz-gruppe-kaufland-discounter-supermarkt-92188016.html>

3.4.2023

Wird Lidl zu Amazon 2.0? Die großen Pläne des Discounter-Giganten

Frankfurt – Die Schwarz-Gruppe, das Mutterunternehmen von Lidl, will, ähnlich wie einst Amazon, sein IT-Geschäft stark ausbauen. Das berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Ähnlich wie der Handelsriese Amazon

investiert das Imperium von Lidl-Gründer Dieter Schwarz in das profitable Cloud-Geschäft und gehört laut Branchenfachleuten schon heute zu den größten deutschen Anbietern. Um mit den drei weltweiten Schwergewichten Amazon, Google und Microsoft mithalten zu können, ist es aber noch ein weiter Weg. Künftig könnte sich allgemein das Einkaufserlebnis verändern. Derzeit [experimentieren viele Einzelhändler bereits mit autonomen Supermärkten](#), also Supermärkten ohne Personal.

Ein Bildungscampus, eine Programmierschule, etliche Institute und bald auch ein großer Forschungspark für künstliche Intelligenz (KI): Unterstützt durch die Schwarz-Stiftung werden in Heilbronn immer mehr Forschungs- und Bildungseinrichtungen aus dem Boden gestampft. Das nächste Großprojekt steht auch schon an: ein KI-Park. Auf einem 23 Hektar großen Areal soll eine Art kreisrunder KI-Stadtteil für 5000 Beschäftigte entstehen. In spätestens zehn Jahren soll das Projekt abgeschlossen sein, wie das RedaktionsNetzwerk Deutschland berichtet. Die Stiftung und das Land Baden-Württemberg investieren zunächst 100 Millionen Euro.

Amazon 2.0: Lidl hat große Pläne für den IT-Ausbau

„Wir wollen hier ein Ökosystem bauen und die besten Köpfe im Bereich Cyber nach Heilbronn holen“, erklärt Rolf Schumann, Digitalchef der Schwarz-Gruppe, die Motivation für den Park gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. IT-Fachleute könnten sich heute die Jobs aussuchen – da müsse die Umgebung stimmen. Rund 7000 Menschen arbeiten bereits bei der Schwarz IT und Schwarz Digital.

Nicht nur Lidl, auch andere Kunden könnten vom IT-Ausbau profitieren

„Die Systeme sind so komplex geworden, dass sie nicht mehr beherrschbar sind“, sagt Schumann. Die einzige Chance bestehe darin, das System in Echtzeit zu simulieren und Schwachstellen zu priorisieren, so der Digitalchef weiter. Zuständig dafür ist eine Software des israelischen Sicherheitsspezialisten XM Cyber, den Schwarz Ende 2021

kaufte. Einer der Gründer ist laut Firmenhomepage der frühere Chef des Geheimdienstes Mossad, Tamir Pardo.

https://www.bild.de/news/ausland/news-ausland/e-scooter-paris-will-leih-roller-ab-1-september-verbieten-83428388.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fnews%2Fausland%2Fnews-ausland%2Fe-scooter-paris-will-leih-roller-ab-1-september-verbieten-83428388.bildMobile.html 3.4.2023

Paris will Leih-Roller verbieten

Die Pariser haben in einer Bürgerbefragung für ein Verbot von elektrischen Miet-Rollern gestimmt. Nur elf Prozent der Wähler wollten sie behalten. „Ab dem 1. September gibt es keine Leihroller mehr in Paris. Dies ist ein Sieg der lokalen Demokratie“, sagte Anne Hidalgo (63), die Bürgermeisterin der französischen Hauptstadt am Sonntagabend.

Allerdings: Nur rund 100 000 der 1,3 Millionen Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben (7,46 Prozent).

Hidalgo, die den Anstoß für die Befragung gab, hatte keinen Hehl daraus gemacht, dass sie die Scooter lieber aus der Stadt verbannt sehen will. Private [Roller](#) sollen aber immer noch erlaubt bleiben.

In Paris gibt es rund 15 000 E-Scooter. Im vergangenen Jahr gab es mehr als 400 Unfälle, weil Touristen und Einheimische oft damit unvorsichtig über die Straßen brettern. Der Ärger bei den Parisern ist groß – wie in anderen Städten auch. [Um Wildparker abzuschrecken, hat Nürnberg \(Bayern\) strenge Regeln eingeführt.](#) In Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) wurde schon 2019 ein Nachtfahr-Verbot für E-Scooter eingeführt.

<https://pleiteticker.de/chatgpt-auch-in-deutschland-koennte-verbot-drohen/> 3.4.2023

ChatGPT: Auch in Deutschland droht ein Verbot

Italien hat es vorgemacht: Die künstliche Intelligenz ChatGPT wurde dort vorerst gesperrt. In Deutschland wird das allwissende Tool bereits intensiv

genutzt – doch auch hierzulande könnte die KI verboten werden, wie Pleitetic.de erfuhr.

ChatGPT und andere Künstliche Intelligenzen revolutionieren die Arbeitswelt.

Datenlecks bei ChatGPT führten zur Sperrung des KI-Chatbots in Italien.

Datenschutzbehörde sieht die Privatsphäre italienischer Bürger in Gefahr.

Verbot von ChatGPT laut oberstem Datenschützer auch in Deutschland möglich

Deutsche Datenschützer bereits im engen Austausch mit den italienischen Behörden

Sprecher: „Wir haben sie zur Sperrung von ChatGPT bereits um weiterführende Informationen gebeten.“

ChatGPT-Notbremse in Italien

Muss Deutschland bald wieder ohne den allwissenden Mitarbeiter, Kollegen und Mitschüler ChatGPT auskommen? Erst vor wenigen Wochen kam mit GPT-4 eine Version der KI auf den Markt, die die Arbeitswelt in etlichen Branchen innerhalb kürzester Zeit revolutioniert hat und weiter in riesigen Schritten voranschreitet.

Italien zog nun überraschend die Notbremse! Dort führten Vorfälle, bei denen ChatGPT vertrauliche Informationen preisgab, jetzt zur Sperrung des KI-Chatbots. Die italienische Datenschutzaufsichtsbehörde Il Garante sieht die Privatsphäre der italienischen Bürger durch die KI-Technologie ernsthaft in Gefahr. Es waren Nutzergespräche und Zahlungsinformationen von Abonnenten des Dienstes geleakt worden. Zudem wird in Italien die pausenlose Weiterentwicklung des Bots durch Nutzerfragen äußerst kritisch betrachtet: „Wer medizinische Forschung betreibt, muss die Zustimmung für Experimente einholen. Diejenigen, die mit neuen Technologien experimentieren, müssen den Prozess ebenfalls

transparent machen“, so Guido Scorza von der Datenschutzbehörde gegenüber dem US-Computermagazin „Wired“.

Deutschlands Datenschützer prüfen Verbot

Laut eines Mitarbeiters des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), Ulrich Kelber, prüfen nun auch deutsche Behörden, ob sie dem italienischen Beispiel folgen und die künstliche Intelligenz ChatGPT verbieten sollten. Sprecher Christof Stein gegenüber pleitetic: „Der BfDI arbeitet mit der italienischen Datenschutzaufsichtsbehörde Il Garante sehr eng zusammen. Wir haben sie zur Sperrung von ChatGPT bereits um weiterführende Informationen gebeten und werden diese dann an die zuständigen Landesdatenschutzaufsichtsbehörden und Landesmedienanstalten weitergeben.“

Damit könnte auch in Deutschland eine ChatGPT-Sperre drohen. Da es sich bei OpenAI, dem Entwickler von ChatGPT, um ein Unternehmen handelt, fiel eine Sperre von ChatGPT in Deutschland in den Zuständigkeitsbereich der Landesdatenschutzbehörden. Jedes Bundesland muss die Sachlage also für sich prüfen.

Experten warnen vor Missbrauch

Die KI-Technologie, die hinter ChatGPT steht, hat in den vergangenen Monaten für viel Aufsehen gesorgt. Der Chatbot kann in Echtzeit auf Anfragen reagieren, Texte verfassen, Grafiken erstellen, Fotomontagen basteln – aber auch Fotos und andere Inhalte fälschen. Experten warnen vor Missbrauch, etwa in der Verbreitung von Fake News oder der Manipulation von öffentlichen Meinungen.

Durch das Durchgreifen der Italiener wird vermutlich auch in Deutschland die Diskussion um die Sperrung von ChatGPT an Fahrt gewinnen. Ein Verbot des KI-Chatbots könnte hierzulande auf erheblichen Widerstand stoßen, da viele Unternehmen und Privatpersonen die Technologie bereits intensiv nutzen.